

Wahltag ist Zahltag!

Der 22. September wird zunehmend erkennbar als ein dringend notwendiger Tag der Abrechnung. Rot/Grün hat in vielen Bereichen abgewirtschaftet; allerdings nirgendwo so greifbar und so gründlich wie in der Gesundheitspolitik.

Der Risikostrukturausgleich, der eigentlich nichts weiter ist als ein großes Spektakel zur Rechtfertigung der überholten Kassenmonopole aus dem 19. Jahrhundert, wurde definitiv als Selbstzweck des Gesundheitswesens etabliert. Zur Stützung dieser Missgeburt werden um die unsäglichen „Disease-Management-Programme“ herum gigantische Bürokratien aus dem Boden gestampft, die der Patientenversorgung weitere, dringend benötigte Mittel entziehen. Der Blick der Gesundheitspolitik verengt sich in grotesker Weise auf gerade einmal vier von 10.000 Krankheiten. Und der Patient – egal ob mit oder ohne DMP-Krankheit – versteht überhaupt nichts mehr.

Ihm, dem Patienten, hat Rot/Grün einzutrichtern versucht, dass die Rücknahme von Elementen der Eigenverantwortung Ausdruck von Solidarität sei. Vom Ursprung des Solidargedankens, nämlich dem Schutz des Einzelnen vor existenzieller Überforderung im Krankheitsfall, ist keine Rede mehr. Erreicht wurde damit, dass der Gesundheitsmarkt vielen Versicherten als eine Art immerwährender Sommerchlussverkauf erscheint, in dem auf wundersame Weise unter massiv begrenzten Mitteln unbegrenzte Leistungsansprüche bedient werden. Was Rot/Grün als „Solidarität“ verkauft, ist daher in Wirklichkeit der größtmögliche Sprengsatz für das Solidarsystem.

Und die Ärzte? Image und Selbstverständnis des Arztberufs wurden in nur vier Jahren systematisch niedergewalzt. Der Nachwuchs läuft in Scharen davon: Nur noch 60 Prozent der Medizinstudenten ergreifen heute den Arztberuf! „Ärzte? – Das werden heute doch nur noch Heilige, Idioten oder Verwaltungsbeamte!“ – fasste kürzlich ein Student der Gesundheitsökonomie das berufliche Desaster zusammen. Dies ist das vernichtende Urteil über ein Ausbeutungssystem, das im Krankenhaus beginnt und seine Perfektion in der permanenten Drangsalierung des scheinselfständigen Kassenarztes findet. Die über 55-jährigen wollen so schnell wie möglich dem System entfliehen und die das noch nicht können, sind entweder nur demotiviert oder überleben als Zyniker.

In einem Punkt hat Noch-Kanzler Schröder allerdings Recht: Am 22. September steht in der Tat eine Richtungsentscheidung an – nämlich eine Entscheidung zwischen der Fortsetzung einer Politik des ideologischen Selbst- und Patientenbetrugs oder einem weitsichtigen und realitätsbezogenen Ansatz zur Rückgewinnung der Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme.

Die von der Ludwig-Sievers-Stiftung regelmäßig durchgeführte Befragung zu den Wahlabsichten der Freiberufler ergibt seit langem eine klare Mehrheit für die bürgerlich-liberalen Parteien. Selten zuvor dürfte die Bestätigung dieses Trends für die Zukunft Deutschlands so wichtig gewesen sein wie am 22. September.

Dr. med. Lothar Krimmel